

500 Ja- und 137 Nein-Stimmen im Parlament in Straßburg

Deutliche Mehrheit für die EU-Verfassung

EU-Ratsvorsitzender Juncker: Ein wichtiger Tag für Europa / Alle CSU-Abgeordneten votieren für das Vertragswerk

Von Alexander Hagelüken

Brüssel – Die EU-Abgeordneten haben sich am Mittwoch mit überwältigender Mehrheit für die Europäische Verfassung ausgesprochen. Mit 500 Ja- gegen 137 Nein-Stimmen und 40 Enthaltungen billigten die Parlamentarier das Rahmenwerk, das die Gemeinschaft trotz der Erweiterung auf 25 Staaten entscheidungsfähig erhalten soll. Bevor die Verfassung in Kraft tritt, muss sie nun Volksabstimmungen in mindestens zehn Staaten überstehen. Auf der Kippe steht die Annahme des Regelwerks vor allem in Großbritannien, Dänemark, Tschechien und Polen.

"Das ist ein wichtiger Tag für Europa", sagte der amtierende EU-Ratsvorsitzende und luxemburgische Ministerpräsident Jean-Claude Juncker nach dem nicht überraschenden positiven Votum. Allerdings werde die Ratifizierung "nirgendwo einfach werden". Gegen die Verfassung votierten im Parlament vor allem britische und tschechische Konservative, EU-Gegner, Kommunisten und Rechtsextreme. Sie kritisieren vor allem den wachsenden Einfluss der europäischen Gremien auf die nationale Politik. Während viele Abgeordnete das Ergebnis mit lang anhaltendem Applaus feierten, buhten einige Verfassungsgegner und schwenkten Protesttransparente.

Anders als die CSU-Abgeordneten im Bundestag sprachen sich alle EU-Parlamentarier der bayerischen Partei für das Vertragswerk aus. "Die CSU hat für die Verfassung gestimmt, weil sie Europa schlanker, bürgernäher und demokratischer macht", sagte der Abgeordnete Joachim Wuermeling. Für eine allgemeine Europakritik sei die Verfassung "das falsche Objekt." Denn das neue Grundgesetz bezwecke gerade, Fehlentwicklungen der letzten Jahre wie Zentralismus und Technokratie abzustellen. "Schon gar nicht schafft die Verfassung einen europäischen Superstaat." Die Grünen-Fraktionschefs Daniel Cohn-Bendit und Monica Frassoni erklärten, die Annahme der Verfassung sei ein unentbehrlicher Fortschritt im Vergleich zum Vertrag von Nizza. "Er ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung, aber nicht das Ende des Verfassungsprozesses. Wir Grüne werden uns für weitere Verbesserungen der Verfassung einsetzen."

Der SPD-Abgeordnete Jo Leinen nannte den Verfassungsvertrag unabdingbar für die erweiterte Europäische Union. "Er dokumentiert den Übergang von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur politischen Union und von einem Europa der Regierungen zu einem Europa der Bürger", sagte Leinen, der dem Verfassungsausschuss im Parlament vorsitzt. Der CDU-Abgeordnete Andreas Schwab erklärte, Europa werde durch die Verfassung für die Bürger transparenter und klarer. "Die Zusammenarbeit mit den nationalen Parlamenten wird verbessert." Das Europaparlament bekomme stärkeren Einfluss in Budgetfragen, dem Herzstück jedes Parlaments. "Wir können künftig in allen Ausgabenkategorien mitreden."